



Die EU rollt Péter Magyar den roten Teppich aus

Über viele Jahre galt Ungarn als politischer Störfaktor innerhalb der Europäischen Union. Unter Ministerpräsident Viktor Orbán entwickelte sich das Land vom einstigen Musterbeispiel der postkommunistischen Transformation zu einem regelmässigen Konfliktherd in Brüssel. Streitigkeiten über Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Migration und die Unterstützung der Ukraine belasteten die Beziehungen zwischen Budapest und den europäischen Institutionen nachhaltig. Mit dem Machtwechsel im Frühjahr 2026 scheint nun eine neue Phase begonnen zu haben.

Seit dem Wahlsieg von Péter Magyar erlebt Ungarn eine bemerkenswerte diplomatische Aufwertung. Europas Spitzenpolitiker überbieten sich mit Einladungen, freundlichen Gesten und öffentlichen Bekundungen der Unterstützung. Die Begeisterung richtet sich dabei weniger auf die Person des neuen Regierungschefs als auf das Ende einer Ära, die viele europäische Entscheidungsträger als lähmend empfanden.

Das Ende einer politischen Sonderrolle

Viktor Orbán prägte die ungarische Politik während sechzehn Jahren wie kein anderer Regierungschef in Europa. Seine konsequente Betonung nationaler Souveränität brachte ihm im Inland beträchtliche Unterstützung ein, führte jedoch zunehmend zu Spannungen mit den europäischen Partnern.

Besonders seit dem russischen Angriff auf die Ukraine galt Budapest in vielen europäischen Hauptstädten als unberechenbarer Akteur. Wiederholt nutzte die ungarische Regierung ihr Vetorecht, um europäische Entscheidungen zu verzögern oder zu blockieren. Die Freigabe von Finanzhilfen für Kiew, Sanktionen gegen Russland oder institutionelle Reformen der Europäischen Union wurden regelmässig zu Verhandlungsmassen in den Auseinandersetzungen zwischen Budapest und Brüssel.

Der Wahlsieg Péter Magyars wurde deshalb in weiten Teilen Europas als strategische Entlastung wahrgenommen. Zahlreiche Regierungschefs sprachen unmittelbar nach den Wahlen von einer Rückkehr Ungarns in die europäische Mitte. Die Erleichterung war spürbar.



Eine diplomatische Charmeoffensive

Der neue Ministerpräsident hat die Erwartungen bewusst befördert. Kaum im Amt, begann er eine intensive europäische Besuchsdiplomatie. Stationen in Warschau, Wien, Brüssel, Berlin und Paris sollten signalisieren, dass Ungarn wieder als konstruktiver Partner auftreten will.

Besonders symbolträchtig war sein Besuch in Deutschland. Dort wurde Magyar nicht nur als neuer Regierungschef empfangen, sondern als Repräsentant eines politischen Neuanfangs. Die Botschaft aus Berlin lautete unmissverständlich: Ungarn soll wieder stärker in die europäische Entscheidungsfindung eingebunden werden.

Der Tonfall unterscheidet sich deutlich von jenem seines Vorgängers. Während Orbán Konflikte oft öffentlich austrug und die Konfrontation mit Brüssel zu einem zentralen Bestandteil seiner politischen Strategie machte, setzt Magyar auf Kooperation und Verhandlungen. Er spricht von Verlässlichkeit, Partnerschaft und gemeinsamer Verantwortung innerhalb Europas.

Die Ukraine als Prüfstein

Am deutlichsten zeigt sich der Kurswechsel in der Ukraine-Politik. Die Haltung Budapests gegenüber Kiew und Moskau gehörte in den vergangenen Jahren zu den umstrittensten Themen der europäischen Politik. Orbán pflegte ein vergleichsweise pragmatisches Verhältnis zum Kreml und stand zahlreichen europäischen Initiativen skeptisch gegenüber.

Péter Magyar vollzieht keinen radikalen Bruch mit allen Positionen seines Landes. Auch seine Regierung betont weiterhin die Rechte der ungarischen Minderheit in der Westukraine und verlangt entsprechende Garantien von Kiew.

Dennoch ist der Unterschied erheblich. Budapest signalisiert erstmals seit Jahren die Bereitschaft, bestehende Konflikte auf diplomatischem Weg zu lösen. Gleichzeitig hat die neue Regierung die Freigabe wichtiger europäischer Hilfen für die Ukraine erleichtert und damit eines der grössten Hindernisse innerhalb der europäischen Entscheidungsprozesse beseitigt.

Für Brüssel besitzt diese Entwicklung strategische Bedeutung. Angesichts des anhaltenden Krieges und der Unsicherheiten über die künftige Rolle der Vereinigten Staaten ist die Geschlossenheit Europas zu einer zentralen geopolitischen Ressource geworden. Jede



Verringerung innerer Spannungen wird deshalb mit besonderer Aufmerksamkeit registriert.

Der Aufstieg eines politischen Quereinsteigers

Die Karriere Péter Magyars gehört zu den bemerkenswertesten politischen Entwicklungen Europas der vergangenen Jahre. Lange Zeit war er selbst Teil des politischen Umfelds von Viktor Orbán. Als Jurist und Funktionär bewegte er sich innerhalb jenes Systems, das er später öffentlich kritisieren sollte.

Sein Bruch mit der Regierung entwickelte sich schrittweise zu einer politischen Revolte. Mit scharfer Kritik an Korruption, Machtkonzentration und Vetternwirtschaft traf er einen Nerv in Teilen der ungarischen Gesellschaft. Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihm, eine breite Oppositionsbewegung aufzubauen.

Der Erfolg seines Tisza-Bündnisses bei den Parlamentswahlen überraschte selbst erfahrene Beobachter. Noch bemerkenswerter ist jedoch die Grösse seines Mandats. Die neue Regierung verfügt über eine Zweidrittelmehrheit und damit über weitreichende Möglichkeiten zur Veränderung staatlicher Institutionen.

Zwischen Reform und Machtkonzentration

Gerade diese komfortable Mehrheit weckt inzwischen erste Bedenken. Während europäische Regierungen den politischen Wandel in Budapest grundsätzlich begrüssen, beobachten sie aufmerksam die ersten Schritte der neuen Führung.

Magyar hat bereits angekündigt, zentrale Institutionen zu reformieren, die während der Orbán-Jahre entstanden sind. Dazu gehören personelle Veränderungen im Staatsapparat ebenso wie mögliche Verfassungsänderungen.

Seine Anhänger argumentieren, dass ein tiefgreifender institutioneller Umbau notwendig sei, um die politischen Strukturen der vergangenen Jahre zu korrigieren. Kritiker warnen hingegen davor, dass die neue Regierung jene Machtinstrumente übernehmen könnte, die sie bislang selbst kritisiert hat.

Diese Debatte erinnert an ein grundlegendes Dilemma demokratischer Transformationen: Wie weit darf eine neue Regierung gehen, um ein bestehendes System zu reformieren, ohne



dabei selbst demokratische Grenzen zu überschreiten?

Europas hohe Erwartungen

Die gegenwärtige Euphorie in den europäischen Hauptstädten erklärt sich vor allem aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre. Nach einer langen Phase der Konfrontation erscheint die Aussicht auf einen kooperativen Partner in Budapest attraktiv.

Doch politische Flitterwochen sind selten von Dauer. Schon bald werden konkrete Entscheidungen zeigen müssen, wie tiefgreifend der Kurswechsel tatsächlich ist. Fragen der Migration, der europäischen Integration, der Wirtschafts- und Energiepolitik sowie der nationalen Souveränität bleiben auch unter Péter Magyar zentrale Themen der ungarischen Innenpolitik.

Der neue Ministerpräsident ist kein klassischer Liberaler und kein überzeugter Föderalist. Er vertritt weiterhin konservative Positionen und betont regelmässig die Bedeutung nationaler Interessen. Die Unterschiede zu vielen westeuropäischen Regierungen sind damit keineswegs verschwunden.

Entscheidend wird sein, ob Budapest künftig auf Konfrontation oder auf Verhandlung setzt. Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahren gelernt, dass politische Konflikte nicht zwangsläufig aus unterschiedlichen Interessen entstehen, sondern häufig aus der Art und Weise, wie sie ausgetragen werden.

Péter Magyar profitiert derzeit von einem aussergewöhnlichen Vertrauensvorschuss. Europa sieht in ihm die Chance auf einen Neuanfang in den Beziehungen zu Ungarn. Ob daraus eine dauerhafte Partnerschaft entsteht, wird sich erst zeigen, wenn die ersten grossen Interessenkonflikte auftreten. Dann wird sich entscheiden, ob Ungarn tatsächlich in die europäische Mitte zurückkehrt oder lediglich einen neuen, diplomatisch geschickteren Weg des nationalen Selbstbehauptungskurses eingeschlagen hat.

Von Andreas Brucker